

Basler Manifest zur Ökonomischen Aufklärung

Zwei Jahre (2010/11) lang hat eine Gruppe von Theologen, Finanz-, Wirtschafts-, Religions-, Kultur- und Medienwissenschaftlern am Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik an der Universität Basel zusammen gearbeitet. Im Zentrum der gemeinsamen Forschung stand die Frage, ob und wie religiöse bzw. religionsnahe Ideen, Theorien und Ideologien auch und gerade die heutige Wirtschaft und insbesondere die Finanzwirtschaft bestimmen. Die Resultate dieser interdisziplinären Forschung werden in dem Sammelband Risiko – Vertrauen – Schuld vorgestellt, der 2012 erscheinen soll. Das hier vorgestellte Basler Manifest zur ökonomischen Aufklärung versucht eine knappe und pointierte Zusammenfassung der Überlegungen der Forschergruppe.

Marc Chesney

Paul Dembinski

Jochen Hörisch

Birger P. Priddat

Peter Seele

Christoph Weber-Berg

I

Die Marktwirtschaft der westlichen Staaten blickt auf eine beeindruckende Erfolgsgeschichte zurück. Ungeachtet aller einleuchtenden Kritik (etwa an ökologischen Folgeschäden und sozialer Ungleichheit) steht fest: Es gab in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg einen bis dahin unbekanntem Massenwohlstand, sozialen Ausgleich, Bildungs- und Emanzipationschancen für viele, relativ stabile Währungen und friedliche Kooperation zwischen den westlichen Staaten.

In den letzten Jahren aber häufen sich Krisensymptome und Bedrohungsszenarien auf der Weltwirtschaftsebene. Es genügt, einige Stichworte wie den Börsenkrach der New Economy, den knapp abgewendeten Kollaps des internationalen Finanzsektors 2008, die gegenwärtigen Staatsschuldenkrisen, die „Occupy Wallstreet“-Demonstrationen, aber auch die programm- und orientierungslosen Jugend-Revoluten in französischen Vorstädten oder bürgerkriegsähnliche Zustände in London zu erwähnen, um zu illustrieren, welche Gefahren für Wohlstand und Frieden drohen bzw. bereits eingetreten sind.

Die Autoren dieses Statements sind nicht erst seit dem Kollaps staatssozialistischer Planwirtschaften im Jahr 1989 von den Vorzügen einer freien und sozialen Marktwirtschaft überzeugt. Gerade deshalb kritisieren sie quasireligiöse Überhöhungen des Marktes, wie die neoliberale Glaubenslehre und die an sie anknüpfende Wirtschaftspolitik sie kultisch pflegen. Denn der Glaube an die uneingeschränkte Markteffizienz und den perfekten Markt unterläuft die Möglichkeiten, das Marktgeschehen vernünftig zu gestalten. Ein Beispiel für die

handfesten Folgewirkungen ökonomischer Irrlehren ist die mit Nobelpreisen geadelte Theorie von der besonderen Effizienz und Transparenz der Finanzmärkte: dass sie schlicht falsch ist, hat sich nur zu deutlich herausgestellt – eine marktgläubige Finanzideologie, die unzählige Menschen teuer zu stehen kommt.

Wir haben uns von einer Gesellschaft mit marktwirtschaftlicher Ökonomie zu einer den sich selbst organisierenden Markt als Götzen anbetenden Finanzgesellschaft entwickelt. Freie Marktwirtschaft heißt, auf die Produktivität von Vertragsfreiheit, Gestaltungsmöglichkeiten und verantwortliches Handeln zu vertrauen – und eben nicht fundamentalistisch daran zu glauben, dass die Unsichtbare Hand des Marktes mit gottgleicher Weisheit alles so herrlich regiert, weil sie für Gleichgewichtszustände sorgt.

Ökonomische Theorien wollen uns daran gewöhnen, dass der Markt Forderungen mit absolutem Geltungsanspruch stellt - „der Markt will“ z.B. Deregulierung, Bonuzahlungen für gescheiterte Manager, niedrige Lohnabschlüsse oder Privatisierung von Ausbildung und Sicherheit: Solche Formeln zeigen an, dass „der Markt“ zur gottgleichen Größe erklärt wird, deren erhabener Vernunft Menschen sich zu unterwerfen haben. Dies widerspricht dem Freiheitsgedanken, der die Marktwirtschaft entscheidend legitimiert. Freie Marktwirtschaft heißt, autonom und verantwortlich entscheiden zu können. In diesem Sinne plädiert dieses Statement für eine (finanz-)ökonomische Aufklärung, die mit der religiös-theologischen Aufklärung Schritt hält und die Gefahr des Glaubens an die Unsichtbare Hand ans Licht bringt.

II

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Finanzsektor immer stärker von der Realökonomie abgekoppelt – was schlicht heißt, dass es unübersehbar viel realökonomisch nicht gedeckte Finanzwerte gibt (Papiere in bad banks, Derivate, junk-bonds, griechische Staatspapiere, Renten-Versprechen, subprime-Kreditforderungen etc.). Mit der Dominanz eines teilweise deliranten Finanzsektors über die Realwirtschaft haben wir es mit einem neuen Phänomen zu tun. Einzelne Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Hand sind von den Vorgaben der transnationalen Finanzmärkte abhängig geworden, was für den Staat einen Souveränitätsverlust bedeutet. Es droht ihm die Selbstenteignung durch progressive Verschuldung, nicht zuletzt durch die Übernahme der exzessiven Schulden der Banken. Diese Verschuldungspolitik beruht allein auf dem Glauben an ein progressives Wachstum, das aber gerade durch die Krisen auf dem Finanzsektor bedroht ist. Der Staat als „lender of last resort“ soll überschuldete Banken retten und muss doch feststellen, dass er selbst überschuldet ist. Wer rettet den Retter?

Die Politik befindet sich in einem Dilemma: Ihre Handlungsfähigkeit hängt zunehmend von der Verschuldungsfähigkeit des Staates ab, die wiederum durch die globalen Finanzmärkte begrenzt wird. Die Politiker können ihr demokratisches Mandat nicht mehr vollständig ausfüllen. Angesichts der Finanzkrise muss auch die Politik neu definiert werden. Wir brauchen – 40 Jahre nach dem Kollaps von Bretton Woods – neue, globale Formen der politischen Koordination, die es der Finanzwirtschaft unmöglich machen, sinnvolle Kontrollen durch Ausweichen in

andere Länder zu umgehen. Nur so ist es möglich, zu verhindern, dass unablässig Spekulationsgewinne privatisiert, Verluste aber sozialisiert werden.

Kredit (wie Schuldner und Gläubiger, Erlös und Messe, Offenbarungseid und Unsichtbare Hand ein religiöser Begriff) beruht auf Vertrauen, und Finanzmärkte brauchen prinzipiell eine Vertrauenskultur, um nützlich für die Gesellschaft zu sein. Jedoch: Zahlreiche Finanzmarktteilnehmer verdienen Geld durch strategisches Misstrauen (etwa durch Leerverkäufe oder Wetten auf Insolvenz und Krisen) und zerstören so eine Kultur des wechselseitigen und beziehungsbasierten Vertrauens.

Wer als Marktteilnehmer das ihm entgegengebrachte Vertrauen systematisch, und sei es innerhalb der Grenzen der Legalität, missbraucht, gefährdet die produktiv funktionierenden Märkte. Nicht alles, was legal ist, ist deshalb schon legitim. Wir brauchen eine neue Legitimität der Märkte mit transparenten und kontrollierbaren Regeln – das Tun und Lassen der Unsichtbaren Hand kann und muss (wie das der öffentlichen Hand!) nicht gläubig überhöht, sondern aufgeklärt diskutiert und ausgehandelt werden. Der freie Markt lebt (wie das Rechtssystem) von Voraussetzungen, die er nicht aus sich selbst heraus garantieren kann. Gerade deshalb müssen wir uns deutlich machen, dass man dies oder jenes (Steuern, Renten, Regeln für den Finanzmarkt, Bonizahlungen etc.) so oder eben auch anders aushandeln und gestalten kann.

Die Finanzsphäre ist zu wichtig und zu mächtig, um sie priestergleichen, finanztechnischen Experten allein zu überlassen. Zu überdenken ist auch die Funktion der wirtschafts- und finanzwissenschaftlichen Theoriebildung, die häufig hochproblematische Rückwirkungen auf das Verhalten wirtschaftlicher Akteure hat. Die Deregulierung der letzten Jahrzehnte hat die Komplexität in der Ökonomie und Finanzwirtschaft erhöht und Ungleichgewichte verstärkt. Die Finanzmärkte sind heute nicht mehr in der Lage, eine effiziente Allokation des Kapitals und der Risiken zu gewährleisten. Im Gegenteil: Sie erschaffen zusätzliche System-Risiken.

III

Die hier knapp skizzierten Überlegungen führen zu folgenden konkreten Empfehlungen:

1. *Bankengrösse und ihre Überwachung:* Banken sollten unterteilt werden in Investmentbanken und Geschäftsbanken – nach bewährten historischen Regeln¹. Die Grösse der Banken sollte begrenzt werden, um das too-big-to-fail-Problem zu umgehen, das nichts anderes als eine von allen getragene Gratisversicherung für Risikogewinne bedeutet, von denen nur wenige profitieren.
2. *Zulassung von Finanzprodukten:* Finanzprodukte sollten zertifiziert sein, wie es bei den Produkten z.B. im Pharma-, im Ernährungsbereich und anderswo der Fall ist. Bei gesundheitlichen und technischen Risiken sind wir

¹ Wir beziehen uns beispielsweise auf den Glass Steagall Act (1933), der 1999 abgeschafft wurde.

hochsorgsam, bei finanzökonomischen nicht. Derivate sind als Versicherungen nützlich, aber als Wette auf einen Bankrott gefährlich. Deswegen sollten sie in dieser Form verboten werden (z. B. Naked CDS²).

3. *Marktregulierung*: OTC-Transaktionen³ sollten verboten sein. Sie schaffen unvermeidbare Risiken. Nur Transaktionen in organisierten und transparenten Märkten sollten erlaubt sein. Der ‚graue‘ OTC-Markt sorgt für wilde Exzesse und Krisen.
4. *Volatilitätsbegrenzung*: Um die Volatilität und das Volumen von reinen Finanz-Transaktionen zu verkleinern, sollte eine Transaktionskostensteuer⁴ eingeführt werden: eine Steuer in Höhe von 0,1 % ist sehr gering, aber dennoch hoch genug, um riskante und unproduktive Transaktionen zu vermindern (man bedenke die Differenz: gewöhnliche Realtransaktionen werden in der EU mit einer Mehrwertsteuer von bis zu 25 % belegt). Vor allem High-Frequency-Trading⁵ wird dadurch begrenzt.
5. *Anreizstrukturen und ihre Besteuerung*: Boni sind zu begrenzen und durch Mali zu ergänzen, um verantwortliches Wirtschaften zu fördern. Boni sollten besonders für erfolgreiches Controlling und Risikomanagement gezahlt werden. Das Steuersystem muss transparent und effizient neu gestaltet werden.
6. *Schuldenabbau*: Globale Schuldenberge (privat und öffentlich) sollten bald abgebaut werden: 1. durch einen global koordinierten Schuldenerlass (jene, die spekulieren, werden weniger Kapital erhalten) und 2. durch den Ertrag einer Finanztransaktionssteuer (s. Punkt 4). Damit soll verhindert werden, dass dieser Schuldenprozess sich anarchisch entwickelt und in grosse soziale Krisen mündet. Zum Beispiel: Die Einnahmen, die der Staat durch die Besteuerung von High-Frequency-Trading gewinnt, dienen dazu, seine Schulden zu verkleinern.
7. *Interessenkonflikt*: Die geltenden Regulierungen (Basel II, III) haben den Ratingagenturen zuviel Gewicht und Macht übertragen. Durch die Form ihrer Finanzierung stehen sie zudem in einem fundamentalen Interessenkonflikt. Institutionelle Neuregelungen sind dringend erforderlich.
8. *Ausbildung*: Alle genannten Maßnahmen sind nur sinnvoll, wenn wir die künftigen ökonomisch-politischen Eliten anders ausbilden. Die ökonomische Ausbildung muss in einem verantwortungsbewussten Geiste verändert werden.

Die religiöse Wendung „man muss dran glauben“ hat einen knirschenden Doppelsinn. Er legt die Überlegung nahe, ob wir dran glauben müssen, wenn wir weiterhin falsche ökonomietheoretische Grundannahmen wie die von der Unsichtbaren Hand oder die vom homo oeconomicus beglaubigen. Ökonomische

² CDS: Credit-Default-Swap: Ermöglicht den Schutz vor dem Risiko der Zahlungsunfähigkeit eines Vertragspartners. *Naked* heisst, es gibt keine zugrundeliegende Wertbasis, die diese Versicherung rechtfertigt.

³ OTC: Over-the-counter: Unregulierte und intransparente Markttransaktionen.

⁴ Eine Lenkungssteuer, gewöhnlich nach dem Modell von Tobin.

⁵ Es handelt sich um riesige finanzielle Transaktionen, die durch mächtige Computer in wenigen Nanosekunden durchgeführt werden (auch Algo- oder Nano-Trading).

Theorien gehören (wie theologische!) zu denen, die starke Rückkoppelungseffekte auf die beschriebenen Verhältnisse freisetzen. Wie eine aufgeklärte Theologie oder Religionswissenschaft die Glaubensannahmen der Menschen verändert, so kann eine Aufklärung über „quasireligiöse“ Annahmen der Wirtschaftstheorie zu anderen, neuen, produktiveren, ökologischeren und sozialeren Formen des Wirtschaftens führen.

Basel, 4. November 2011

Das Forschungskolleg des ZRWP - Zentrums für Religion, Wirtschaft und Politik (Collegium Helveticum-Basel) leistet Beiträge zur trans- und interdisziplinären Forschung. Das Kolleg ist eine gemeinsame Einrichtung des ZRWP und des Collegium Helveticum in Basel. Es wird geleitet durch ein Board des ZRWP, dem Prof. Dr. Georg Pfeleiderer vorsteht. Die dritte Fellowgruppe des ZRWP steht unter der Überschrift «Religion und Wirtschaft». Die grundlegende Annahme der Forschungsprogramms Risiko – Vertrauen – Schuld ist eine Verbindung der Sphären Religion und Wirtschaft.

Der Fellowgruppe „Religion und Wirtschaft“ gehören an:

*Prof. Dr. Marc Chesney
Professor für Quantitative Finance
Universität Zürich, Institut für Banking und Finance*

*Prof. Dr. Paul Dembinski
Professor für Wirtschaftswissenschaften
Universität Freiburg i. Ue., Observatoire de la Finance*

*Prof. Dr. Jochen Hörisch
Professor für Neuere deutsche Literatur und Medienanalyse
Universität Mannheim, Seminar für Deutsche Philologie*

*Prof. Dr. Birger P. Priddat
Professor für Politische Ökonomie
Universität Witten/Herdecke, Wirtschaftsfakultät*

*Prof. Dr. Peter Seele (Moderation)
Assistenzprofessor für Wirtschaftsethik, Universität der italienischen Schweiz Lugano.
Lehrbeauftragter Religion, Wirtschaft und Politik am ZRWP, Universität Basel*

*Dr. Christoph Weber-Berg
Hauptdozent für Wirtschaftsethik und Leiter am Center for Corporate Social Responsibility
HWZ Hochschule für Wirtschaft Zürich*